



## Für eine neue Phase der Arbeit und der Rechte

CGIL, CISL und UIL haben beschlossen, im April und Mai eine einheitliche Mobilisierung mit der Durchführung einer **Kampagne von Versammlungen** in Betrieben und Gebieten und mit der Organisation von **drei interregionalen Kundgebungen (Nord, Mitte, Süd)** in **Bologna** (6. Mai), **Mailand** (13. Mai) und **Neapel** (20. Mai) zu beginnen.

Die Mobilisierung soll die einheitlichen Forderungen von CGIL, CISL und UIL sowie der Fachgewerkschaften gegenüber der Regierung und der Unternehmerseite unterstützen, um **eine Änderung der Industrie-, Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik** und konkrete Ergebnisse in folgenden Bereichen zu erreichen:

- Schutz der Einkommen vor Inflation und Erhöhung des realen Wertes der Renten und Löhne, Erneuerung der nationalen Kollektivverträge im öffentlichen und privaten Sektor;
- Steuerreform mit einer deutlichen Verringerung der Steuerbelastung von Arbeit und Renten, höhere Besteuerung von Nebeneinkünften und Finanzerträgen;
- Förderung der Beschäftigung und Aufstockung der Mittel für das öffentliche soziale Gesundheitssystem, um das allgemeine Recht auf Gesundheit zu gewährleisten, sowie für das Bildungs- und Ausbildungssystem, stärkere Unterstützung der Pflegebedürftigkeit;
- Ein inklusiver Arbeitsmarkt, um die prekäre Beschäftigung abzulehnen, der durch Investitionen, ein System des lebenslangen Lernens, aktive Arbeitspolitik und Maßnahmen der sozialen Abfederung gekennzeichnet ist;
- Schluss mit Todesfälle und Unfälle am Arbeitsplatz, Bekämpfung von Berufskrankheiten. Der Arbeit muss ein neuer Wert verliehen werden, die unkontrollierte Vergabe von Unteraufträgen muss beseitigt werden, und es muss ein unerbittlicher Kampf gegen die Mafia und die illegale Arbeitsvermittlung ("caporalato") geführt werden;
- Reform des Sozialversicherungssystems;
- Industrie- und Investitionspolitiken, die mit der Arbeitswelt abgestimmt sind, um einen nachhaltigen ökologischen, sozialen und digitalen Übergang zu vereinbaren und ein neues Entwicklungsmodell unter besonderer Berücksichtigung des Südens und mit dem Ziel der Vollbeschäftigung umzusetzen.

Wir wollen den Wandel des Landes und Europas mit der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern, Rentnern, Jugendlichen und Frauen verbinden, die sich in den letzten Jahren, auch aufgrund der Pandemie und des Krieges, sowohl in Italien als auch in Europa verschlechtert haben.

Wandel bedeutet für uns auch, die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der im PNNR Plan vorgesehenen Investitionen und Reformen zu ergreifen und ein partizipatives Governance-Modell zu stärken, das ein gemeinsames Vorgehen von Regierung, Regionen, lokalen Behörden und Sozialpartnern vorsieht, um die Projekte umzusetzen. Dies zur Förderung einer wirksamen und effizienten Verwendung der geplanten Mittel; Kampf gegen eine Rückkehr zu den Haushaltszwängen vor der europäischen Epidemie; Bekämpfung der Ungleichheiten durch eine Steuerreform auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Progressivität; Konzentration auf stabile und hochwertige Arbeitsplätze; Wiederbelebung eines neuen und erweiterten Wohlfahrtsstaates; Bewältigung der Herausforderungen der Innovation, der ökologischen Umstellung und der Aufwertung von Kultur und Tourismus. Der Wandel bedeutet, dass das Wirtschafts- und Finanzdokument (DEF), das die Regierung in den kommenden Wochen verabschieden wird, die Entscheidungen und Mittel für die Erneuerung der öffentlichen Aufträge aufzeigen und die Instrumente zur endgültigen Überwindung der prekären Beschäftigung bestimmen wird, indem die Belegschaft im öffentlichen Dienst an eine Vision der öffentlichen Verwaltung angepasst wird, die den Bedürfnissen des Landes entspricht.

Darüber hinaus müssen Investitionen in das Gesundheitswesen, in Schulen, Universitäten und Forschung getätigt werden sowie Mittel für eine strukturelle Reform der Renten bereitgestellt und angemessene Instrumente zur Förderung stabiler und qualifizierter Arbeitsplätze geschaffen werden. All dies setzt starke und strukturierte Gewerkschaftsbeziehungen voraus.

Die Maßnahmen, die die Regierung in den letzten Wochen auf den Weg gebracht hat, gehen weder inhaltlich noch methodisch in diese Richtung: Die Gewerkschaften werden faktisch von einer vorherigen Diskussion ausgeschlossen und lediglich über die Entscheidungen informiert, die der Ministerrat von Zeit zu Zeit trifft.

Wir haben uns entschieden, den Feiertag des 1. Mai 2023 dem 75. Jahrestag unserer Verfassung zu widmen, die aus dem Widerstand und dem Kampf um die Befreiung von Faschismus und Nazismus hervorgegangen ist, weil wir Reformen erreichen wollen, die in der Lage sind, die Werte und Grundsätze der Verfassung anzuwenden und umzusetzen, ausgehend von der zentralen Bedeutung der Arbeit, der sozialen Gerechtigkeit und der Einheit des Landes.

Nachfolgend die Vorschläge und Änderungen, die wir mit der Mobilisierung am Arbeitsplatz und im Land unterstützen wollen.

## **Löhne und Verträge**

Die Preisexplosion, von der Energie bis zu den Lebensmitteln, der Anstieg der Hypothekenzinsen, die Stagnation der Löhne in den letzten 15 Jahren und die zunehmenden Schwierigkeiten im Zusammenhang mit diskontinuierlicher Arbeit oder Kurzarbeit führen zu einer außerordentlichen Notlage auf dem Arbeitsmarkt.

Der Anstieg der Hypothekenzinsen und die zunehmenden Schwierigkeiten im Zusammenhang mit diskontinuierlicher oder Kurzarbeit führen zu einer außerordentlichen Notlage auf dem Arbeitsmarkt. Die Umverteilung der Produktivität ist selbst in Unternehmen mit hohen Gewinnen unzureichend, und die Löhne werden auch durch eine Unternehmenspolitik beeinträchtigt, die auf Vertragsdumping und die Verschleierung von Gewinnen durch Steuerhinterziehung oder -umgehung abzielt. Die nationalen Tarifverträge für Millionen von Arbeitnehmern, einschließlich derjenigen für Beamte, werden nicht rechtzeitig erneuert. Unregelmäßige und prekäre Arbeit, außerschulische Praktika, falsche Mehrwertsteurnummern, diskontinuierliche Arbeit mit Kurzzeitverträgen und unfreiwillige Teilzeitarbeit führen ebenfalls zu einer Verarmung der Erwerbstätigen, wovon vor allem junge Menschen und Frauen betroffen sind. Es muss eine allgemeine Forderung erhoben werden, um die Löhne anzuheben, und zwar sowohl in Bezug auf Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitnehmer, als auch hinsichtlich der Erneuerung der nationalen öffentlichen und privaten Kollektivverträge mit Erhöhungen, die die Kaufkraft im Verhältnis zur Inflation zurückgewinnen und auf eine Steigerung des realen Wertes der Löhne abzielen. Es müssen unverzüglich neue Regeln für die Pünktlichkeit der Vertragsverlängerungen aufgestellt werden, einschließlich Sanktionen für diejenigen, die für Verzögerungen verantwortlich sind.

Die Senkung des Beitragskeils um 5 Punkte bis zu einem Jahreseinkommen von 35.000 Euro muss sofort erfolgen, und das alles zum Vorteil der Arbeitnehmer. Wir müssen der Ausbreitung von Piratenverträgen ein Ende setzen und das erga omnes Gültigkeit der repräsentativsten und am besten angewandten Verträge garantieren. Schluss mit dem Krieg gegen die Armen: in Italien, wie im übrigen Europa, muss ein angemessenes und würdiges Bürgerschaftseinkommen eingeführt werden.

## **Industriepolitische Maßnahmen und Süditalien**

Nachhaltiges Wachstum erfordert industriepolitische Maßnahmen sowie öffentliche und private Investitionen, unter anderem durch die vollständige Nutzung der verfügbaren Ressourcen des PNRR – Plans sowie der europäischen und nationalen Kohäsionsfonds. Es ist notwendig, den digitalen, umweltfreundlichen und auf erneuerbaren Energien basierenden Übergang im Einklang mit den europäischen Zielen partizipativ und gemeinsam mit dem sozialen Übergang zu steuern, um eine stabile Vollbeschäftigung zu erreichen und die erforderlichen neuen Kompetenzen zu schaffen.

Es ist notwendig, in materielle und immaterielle Infrastrukturen zu investieren, um vor allem den Süden Italiens zu unterstützen und die notwendige Umkehrung der Tendenz einer fortschreitenden industriellen Verödung des Südens zu fördern.

Steuerliche Vergünstigungen und Transferleistungen/Anreize für Unternehmen müssen an den Erhalt und das Wachstum von Arbeitsplätzen, insbesondere für junge Menschen und Frauen, geknüpft werden.

### **Gesundheit und Sicherheit**

Keine Todesfälle, Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle mehr. Arbeit, Gesundheit und Sicherheit müssen in jedem Arbeitskontext neu bewertet werden; Unkontrollierte Untervergabe, Prekarität

und vertragliche Unregelmäßigkeiten müssen beendet werden; Notwendig ist ein Kampf gegen Überalterung bei schweren und belastenden Tätigkeiten, fehlende oder unzureichende Gesundheitsüberwachung am Arbeitsplatz auch in Hinblick auf die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels; Intervention gegen den unzureichenden - um nicht zu sagen fehlenden - Schutz der Arbeitnehmer in der Arbeit auf Abruf (so genannten Gig-Economy).

Wir müssen in die Ausbildung investieren, auch in den Schulen, in die Kontrollen zur Arbeitssicherheit, in die Erhöhung der Zahl der Inspektoren im ganzen Land und in die Erhöhung der Zahl der ASL-Techniker, in die Vernetzung und den Anschluss der öffentlichen Datenbanken, in die Präventiv- und Gendermedizin, in die Gewährleistung der Präsenz und der Ausübung der Rolle der Sicherheitsbeauftragten der Arbeitnehmer (RLS/RLST). Es ist notwendig, Arbeitgeber zu bestrafen, die sich nicht an die Gesetze und Verträge halten, und Unternehmensanreize mit Investitionen in Gesundheit und Sicherheit zu verknüpfen.

### **Besteuerung**

Das kürzlich verabschiedete Vollmachtsgesetz zur Steuerreform- entspricht nicht den Forderungen der einheitlichen Plattform von CGIL, CISL und UIL, ist vage in seinen Erfassungszielen, gefährlich wegen der Gefahr, dass finanzielle Ungleichgewichte durch eine Kürzung der Sozialausgaben ausgeglichen werden, und ungerecht wegen des Ziels, die Progressivität der Besteuerung zu verringern. Die Besteuerung ist die Grundlage des Pakts für die Bürger und des sozialen Zusammenhalts, weshalb die Mittel, die für die Finanzierung des Sozialstaates, Gesundheit, Bildung und öffentliche Investitionen bestimmt sind, nicht geringer werden dürfen. Wir fordern auf der Grundlage des Verfassungsgebots eine umverteilende Steuerreform, die den Kriterien der Gerechtigkeit, Solidarität und Progressivität entspricht. Wir sind entschieden gegen jede Art von flat tax und gegen eine Reduzierung der Steuersätze: Es sind dies Absichten, die vor allem hohen und sehr hohen Einkommen zugutekommen. Wir fordern eine Neudefinition und Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer (IRPEF) durch die Abschaffung der Privilegien, die zugunsten von Einkommensbezieher mit Ausnahme von Arbeitnehmern und Rentnern geschaffen wurden, und die Fortsetzung der Revision der Steuersätze, der Steuerklassen und der Abzüge zugunsten der mittleren und niedrigen Einkommen. Es ist auch notwendig, den Arbeitnehmern den Steuerabfluss (fiscal drag) zurückzugeben, der die ohnehin unzureichende Anpassung der Löhne an die Inflation noch weiter erschwert. Wir brauchen einen Durchbruch im Kampf gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung, indem wir alle verfügbaren Instrumente koordiniert einsetzen, angefangen bei digitalen Datenbanken und der flächendeckenden Ausweitung der elektronischen Rechnungsstellung, die zu mehr Transparenz und vollständiger Rückverfolgbarkeit führt. Keine neuen Steueramnestien oder versteckten

Begnadigungen mehr, kein Nachgeben und keine Unklarheiten mehr bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung, keine ungerechte Besteuerung, die immer den Reichsten und den Steuerhinterziehern zugutekommt!

Es ist notwendig, die wirtschaftliche Ungleichheit mit Maßnahmen zu bekämpfen, etwa durch die Besteuerung von Reichtum und Extraprofite, wobei die entsprechenden Mehreinnahmen in erster Linie zur Senkung der Steuerlast und zur Verbesserung des Sozialstaates verwendet werden müssen.

Die Unternehmensbesteuerung muss auf europäischer Ebene harmonisiert werden und die Besteuerung von Hochfrequenz-Finanztransaktionen muss vollständig umgesetzt werden.

## **Gesundheitswesen**

Das Gesundheitswesen befindet sich in einer Notlage, und wenn nicht sofort umgesteuert wird, droht das öffentliche System in die Luft zu gehen. Die Pandemie hat die Auswirkungen der Kürzungen der letzten 20 Jahre deutlich gemacht, und selbst die PNRR-Mittel - mit dem Einstellungsstopp - werden die Wiederbelebung des öffentlichen Gesundheitswesens nicht gewährleisten können. Der Zustand von Ärzten, Krankenschwestern und -pflegern sowie der Bürger, die sie brauchen, ist nicht mehr tragbar. Es ist notwendig, die Mittel des Nationalen Gesundheitsfonds zu erhöhen. Ein außerordentlicher Einstellungs- und Stabilisierungsplan für prekäres Personal kann nicht länger aufgeschoben werden, ebenso wie die Stärkung der territorialen Gesundheitsversorgung, wobei Präventions- und Krankenhausdienste gewährleistet und die territorialen Ungleichheiten, angefangen beim Süden, überwunden werden müssen.

Das Gesetz über die Pflegebedürftigkeit muss entschlossen unterstützt werden und zwar mit angemessenen Mitteln, auch durch einen nationalen öffentlichen Fonds mit universellem Charakter.

## **Renten**

Das Monti/Fornero-Gesetz muss rückgängig gemacht werden. Es ist notwendig, das Sozialversicherungssystem zu reformieren, um es sozial nachhaltig zu machen, und die Trennung zwischen Vorsorge und Fürsorge zu vollziehen, um eine korrekte Darstellung der italienischen Rentenausgaben im internationalen Vergleich zu erreichen. Die Plattform von CGIL, CISL und UIL schlägt vor, die Flexibilität beim Renteneintritt zu erhöhen und den Arbeitnehmern die Möglichkeit zu geben, selbst zu entscheiden, wann sie in den Ruhestand gehen wollen, und zwar ohne Sanktionen für diejenigen, die vor 1996 Beiträge gezahlt haben, und zwar ab einem Alter von 62 Jahren oder mit 41 Beitragsjahren unabhängig vom Alter. Es ist notwendig, die Arbeit der Frauen, die Betreuungsarbeit und die Bedingungen der schwächsten Gruppen (Arbeitslose, Behinderte, Pfleger) in Bezug auf die soziale Sicherheit zu verbessern. Es ist unabdingbar, den Grundsatz zu bekräftigen, dass "nicht alle Arbeitsplätze gleich sind", indem schwere Arbeit anerkannt und das Spektrum der anerkannten Schwerarbeit erweitert wird. Für junge Arbeitnehmer sowie für arme und diskontinuierliche Erwerbsverläufe fordern wir die Einführung der beitragsabhängigen Garantierente. Der volle Schutz der Kaufkraft der Rentner muss gewährleistet sein. Es ist auch notwendig, die Zusatzrenten zu fördern und zu unterstützen, um die Zahl der Mitglieder in den tariflichen Rentenfonds zu erhöhen.

## **Wohnungspolitik**

Es ist dringend notwendig, die Wohnungspolitik in unserem Land neu zu beleben und die neue Notlage anzugehen, insbesondere in den Ballungsgebieten und den Gebieten mit größerer Wohnungsnot, die durch den Anstieg der Wohnungskosten und die allgemeine Wiederaufnahme von Zwangsräumungen verursacht wird.

Daher ist ein echter Plan für den öffentlichen Wohnungsbau erforderlich, die Bereitstellung von ungenutztem öffentlichem Wohnraum und die Refinanzierung der Miet- und Zahlungsrückstandsfonds.

Fonds.

CGIL, CISL UND UIL LADEN DAHER ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER, RENTNERINNEN UND RENTNER, JUGENDLICHE UND ALLE BÜRGERINNEN UND BÜRGER ZU DEN **VERSAMMLUNGEN IN DEN BETRIEBEN UND GEBIETEN** UND ZUR TEILNAHME AN DEN **DREI DEMONSTRATIONEN** EIN, DIE IN

IN **BOLOGNA** (6. MAI), **MAILAND** (13. MAI) UND **NEAPEL** (20. MAI)  
STATTFINDEN WERDEN